

<input type="checkbox"/>	Anlage zum Antrag STARK III <u>ELER</u> vom	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Anlage zum Mantelantrag STARK III plus <u>EFRE</u> nebst Anlage 1 (Antrag energetische Sanierung - Zuwendung)/Anlage 2 (Antrag allgemeine Sanierung - Zuwendung) vom	<input type="text"/>

(nur für Förderungen gemäß Richtlinie Kapitel II Teil A)

Antrag STARK III DARLEHEN

Betrag in Euro	<input type="text"/>	Laufzeit in Jahren	<input type="text"/>
----------------	----------------------	--------------------	----------------------

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

<input type="text" value="Name (ggf. Firmenname lt. Handelsregister/Vereinsregister)"/>	
<input type="text" value="Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)"/>	<input type="text" value="Vorwahl/Rufnummer/Fax"/>
<input type="text" value="E-Mail"/>	

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Vorhabenbezeichnung

2.2 Ort des Vorhabens

<input type="text" value="PLZ"/>	<input type="text" value="Ort"/>	<input type="text" value="ggf. Ortsteil"/>
<input type="text" value="Straße, Hausnummer"/>		<input type="text" value="Gemeindekennzahl"/>

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN (energetische und allgemeine Sanierung)

3.1 Geplante Ausgaben (inkl. MWst., in Euro)

Kostengruppe	Summe
100 - Grundstück	<input type="text"/>
200 - Herrichtung und Erschließung	<input type="text"/>
300 - Bauwerk - Baukonstruktionen	<input type="text"/>
400 - Bauwerk - Technische Anlagen	<input type="text"/>
500 - Außenanlagen	<input type="text"/>
600 - Ausstattung	<input type="text"/>
700 - Baunebenkosten	<input type="text"/>
Sonstige Ausgaben (bitte spezifizieren, ggf. als Anlage)	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der geplanten Ausgaben	<input type="text"/>
nicht förderfähige Ausgaben	<input type="text"/>
förderfähige Ausgaben insgesamt	<input type="text"/>

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	<input type="text"/>
davon Sachsen-Anhalt STARK III – Darlehen	<input type="text"/>
beantragte bzw. bewilligte Zuwendung	<input type="text"/>
 Fremdmittel	
Weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
 Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>

4. ANGABEN ZUR BANKVERBINDUNG

4.1 Die Auszahlung der/des IB-Darlehen/s soll zugunsten des folgenden Kontos erfolgen:

<input type="text" value="IBAN"/>				<input type="text" value="BIC (SWIFT-Code)"/>			
Länder- code	Prüf- ziffern	Bankleitzahl	Kontonummer				
<input type="text" value="Kreditinstitut"/>							
<input type="text" value="Kontoinhaberin/Kontoinhaber"/>							

4.2 Die Belastung der Zins- und Tilgungsleistungen soll zulasten des folgenden Kontos erfolgen:
(nur auszufüllen, sofern abweichend von Ziffer 4.1)

<input type="text" value="IBAN"/>				<input type="text" value="BIC (SWIFT-Code)"/>			
Länder- code	Prüf- ziffern	Bankleitzahl	Kontonummer				
<input type="text" value="Kreditinstitut"/>							
<input type="text" value="Kontoinhaberin/Kontoinhaber"/>							

5. Prüfergebnis der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde (nur für Gebietskörperschaften)

Die Bestätigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde, dass die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert und mit der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaft vereinbar ist und die Genehmigung zur Kreditaufnahme liegen vor.

Ja Nein

Hinweis:
Die Bestätigung der Kommunalaufsichtsbehörde ist dem Antrag beizufügen.

6. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

- a) Für Kommunen:
 - Kommunalaufsichtsrechtliche Stellungnahme und Kreditgenehmigung (siehe Ziffer 4. dieses Antrags)
 - SEPA-Lastschriftmandat (nicht erforderlich, soweit ein Belastungskonto bei der NORD-LB oder BLSK besteht)

- b) Für Freie Träger:
Die dem Antrag beizufügenden Anlagen entnehmen Sie bitte der „Unterlagencheckliste STARK III Darlehen“.

7. BEFREIUNG VOM STEUERGEHEIMNIS

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist das zentrale Förderinstitut des Landes. Gemäß § 4 der Verordnung über die Errichtung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30.12.2003 (GVBl. LSA 2004, 20) unterstützt sie das Land im Rahmen der übertragenen Förderprogramme bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die Förderung kann insbesondere durch die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen, die Übernahme von Bürgschaften, das Eingehen von Beteiligungen sowie durch sonstige Finanzierungshilfen erfolgen.

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt prüft mit diesem Darlehensantrag, ob sie dem Antragsteller ein Darlehen aus dem o.g. Förderprogramm bewilligt.

Gegenüber der Investitionsbank Sachsen-Anhalt hat das Land eine Garantie bzw. Bürgschaft für Darlehen im Rahmen des Förderprogramms übernommen. Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist danach berechtigt, das Land auf Zahlung in Anspruch zu nehmen, wenn der Darlehensnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (Garantiefall).

Im Garantiefall ist die Investitionsbank Sachsen-Anhalt verpflichtet, die Rechte aus dem Darlehen – einschließlich der hierfür bestellten Sicherheiten – auf das Land zu übertragen.

Dies vorausgeschickt, erklärt/erklären der/die Antragsteller für den Fall der Bewilligung des beantragten Darlehens:

Befreiung vom Steuergeheimnis (§ 30 Abs. 4 Ziffer 3 Abgabenordnung)

Bis zur vollständigen Rückführung des Darlehens

- sind die zuständigen Behörden des Landes Sachsen-Anhalt unwiderruflich ermächtigt, Einsicht in die Steuerakten beim zuständigen Finanzamt zu nehmen und
- ist das zuständige Finanzamt unwiderruflich von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung) gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt entbunden.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ort, Datum	Unterschrift (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	Unterschrift (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	

7. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- a) Mir/Uns sind die Vergabegrundsätze für die Vergabe von Darlehen im Rahmen des Programms STARK III – Darlehen und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Vergabe eines Darlehens nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der IB und die Allgemeinen Bedingungen für Darlehen der IB sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o.g. Vergabegrundsätzen und den allgemeinen Geschäftsbedingungen bzw. Allgemeinen Bedingungen werden anerkannt.
- b) Mit dem im Antrag bezeichneten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt der Förderzusage beginnen, es sei denn, ich/wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftlich Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Hierzu zählen auch Darlehensverträge. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung sowie Gutachter- und Sachverständigenleistungen (über Bodenuntersuchungen nach Nr. 1.3 der VV/VV-GK hinaus), deren Ergebnisse für das Erarbeiten der Entwurfsplanung zwingend erforderlich sind, nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.
- c) Die Gesamtfinanzierung ist unter Einbeziehung des beantragten Darlehens gesichert,
- d) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zahlungsfähig bin/sind und gegen mich/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden ist und dass ich/wir unverzüglich der IB mitteile(n), wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteuer enthalten.
- f) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung eines Dritten durchführen.
- g) Ich/Wir erkläre(n), dass gegen mich/uns kein Wiedereinziehungsverfahren gemäß Art. 71 der VO (EU) Nr. 1303/2013 (Regelungen zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben) aufgrund einer Verlagerung der mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden (Produktions-)Tätigkeit eingeleitet wurde, und dass ein derartiges Verfahren nicht kurz bevor steht.
- h) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB über den Antrag nicht in öffentlich-rechtlicher Form entscheidet und im Falle der Bewilligung des Darlehens ein Angebot für einen zivilrechtlichen Darlehensvertrag zusenden wird.
- i) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie den beige-fügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, der IB Änderungen zu Antragsangaben unverzüglich zu übermitteln.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

- k) Die IB ist berechtigt, Stellungnahmen des Kreditgebers oder anderer Stellen für die Beurteilung des Kreditnehmers und seines Darlehensantrages einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir den Kreditgeber, Verbände sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Ich/Wir versichern die ordnungsgemäße Geschäftsführung sowie Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände.
- m) **Belehrung über Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei dem beantragten Darlehen um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1, 2.2, 3.1, 3.2, 4., 5. und 7. dieses Antrages sowie die Angaben in den nach Ziffer 6. dieses Antrags vorzulegenden Anlagen und gemäß Unterlagencheckliste Ziffern 1., 3 bis 7. sowie 9. bis 11. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)